

An alle Bürgerinnen und Bürger

der Deutschen Demokratischen Republik!

Wie durch Rundfunk und Fernsehen bekannt geworden, haben dem Sozialismus treu ergebene Persönlichkeiten der Partei und des Staates der CSSR am 20. August offen den Kampf zum Schutz der sozialistischen Staatsordnung, gegen die konterrevolutionären Umtriebe aufgenommen. Dies wurde notwendig, nachdem durch einen verschärften Rechtskurs einer Gruppe in der Führung der KPC und die erhöhte Aktivität der antisozialistischen Kräfte eine akute politische Krise in der CSSR ausgelöst worden war.

Diese Persönlichkeiten der Partei und des Staates der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben sich am 21. August an die Regierungen der mit der CSSR verbündeten sozialistischen Staaten der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit der Bitte gewandt, in Anbetracht der durch die Wührarbeit der konterrevolutionären Elemente und der Einmischungsbestrebungen der imperialistischen Mächte entstandenen Gefahr, dem tschechoslowakischen Brudervolk und Bruderstaat unverzüglich jegliche Hilfe, einschließlich militärischer Hilfe, zu erweisen. Entsprechend den abgeschlossenen Verträgen über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit haben die Ministerräte der sozialistischen Bruderländer diesem Ersuchen entsprochen.

Die Bürger der DDR hatten aufgetatmet, als sich im Ergebnis der bedeutsamen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder in Bratislava die Aussicht eröffnete, daß die dem Sozialismus feindlichen Kräfte in der CSSR zurückgedrängt werden und ihnen die gebührende Niederlage bereitet wird. Bei den Beratungen in Čierna nad Tisou und in Bratislava hatte die Delegation der KPC mit den Vertretern der Bruderparteien feste Vereinbarungen getroffen, um gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus und im Sinne der gemeinsamen Erklärung wirkungsvoll den Schutz der sozialistischen Errungenschaften des tschechischen und des slowakischen Volkes zu gewährleisten. Die Delegation der KPC hatte sich verpflichtet, unverzüglich die politische Leitung von Presse, Rundfunk und Fernsehen im Geiste des Sozialismus zu sichern, ohne Verzögerung ein Gesetz zur Unterbindung der Tätigkeit der antisozialistischen Parteien, Klubs und Organisationen zu erlassen sowie auch die notwendigen Garantien für einen konsequenten, den Lebensinteressen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik dienenden Kurs in der Partei- und Staatsführung zu schaffen.

Die Teilnehmer der Beratung von Bratislava hatten gehofft, daß diese Verpflichtungen ohne Verzögerung verwirklicht werden. Leider hat eine Gruppe im Präsidium des ZK der KPC mit A. Dubček an der Spitze die Durchführung der eingegangenen Vereinbarungen nicht nur nicht in Angriff genommen, sondern hat nach Bratislava ihren Rechtskurs verstärkt. Dadurch wurden die antisozialistischen Elemente ermutigt. Die genannte Gruppe verheimlichte die getroffenen Ver-

einbarungen vor den Mitgliedern der KPC und vor dem tschechoslowakischen Volk. Sie heuchelte öffentlich Zustimmung zu den Beschlüssen von Bratislava, ließ aber gleichzeitig zu, daß die antisozialistischen Kräfte eine heimtückische Kampagne gegen die Ergebnisse der Beratung von Bratislava führten. Die Delegation der SED hat bei den Besprechungen in Karlovy Vary auf der konsequenten Verwirklichung der Erklärung von Bratislava bestanden. Doch die Delegation der KPC hat es hartnäckig abgelehnt, die Vereinbarungen der Beratung von Bratislava zu verwirklichen, die auf den Kampf gegen die antisozialistischen und konterrevolutionären Kräfte sowie gegen alle Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie gerichtet sind.

Der Plan der antisozialistischen Gruppierungen und Klubs bestand darin, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei zu zersetzen und kampfunfähig zu machen, um auf diese Weise den Weg für das von ihnen erstrebte Ziel freizubekommen: den Sturz des Sozialismus unter Errichtung eines auf die imperialistischen Westmächte orientierten staatskapitalistischen Regimes in der Tschechoslowakei. Dies alles sollte sich unter der sozialdemokratischen Losung eines „demokratischen Sozialismus“ vollziehen.

Das ist übrigens nichts Neues. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution haben die imperialistischen Kräfte in verschiedenen Ländern gerade den den Völkern teuer gewordenen Begriff Sozialismus wiederholt mißbraucht, um die Revolution, den Sozialismus und die Demokratie zu erwürgen.

Für jeden Bürger der DDR wird beim Blick auf die Landkarte verständlich, daß für unsere Republik und für die anderen sozialistischen Bruderländer eine unerträgliche Lage geschaffen worden wäre, wenn die insbesondere vom westdeutschen Imperialismus inspirierten antisozialistischen Kräfte vom Süden, also von unserer Flanke her, ihre konterrevolutionäre Tätigkeit hätten betreiben können.

Im Interesse ihrer Sicherheit, im Interesse der Völker und des Weltfriedens konnten und dürfen die sozialistischen Bruderländer nicht zulassen, daß die CSSR aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herausgebrochen wird. Indem die Regierungen unserer Länder dem dringenden Hilfersuchen der tschechoslowakischen Patrioten und Internationalisten unverzüglich Folge leisten, geben sie ein leuchtendes Beispiel des sozialistischen Internationalismus, verwirklichen sie mit all ihnen zu Gebote stehenden Kräften die feierliche Verpflichtung der Erklärung von Bratislava, wonach die Unterstützung, die Festigung und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften der Völker die gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischen Staaten ist.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik lieben die fleißigen und tüchtigen Völker der Tschechen und Slowaken. Wir kennen und schätzen die großen revolutionären Traditionen und Taten, die bedeutenden wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen des tschechoslowakischen Brudervolkes. Wir fühlen uns mit

den uns befreundeten und verbündeten tschechischen und slowakischen Völkern in guten und erst recht in schweren Stunden fest verbunden. Die Völker der CSSR haben es nicht verdient, daß sie von prinzipienlosen Politikern in eine solche Gefahr gebracht worden sind.

Die dem Sozialismus treuen Kräfte, die das schändliche Komplott der rechten und der antisozialistischen Elemente durchschauten, haben die Mahnung Julius Fučíks beachtet: Menschen, seid wachsam!

Ihnen sowie der Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern, der fortschrittlichen Intelligenz, allen Werktätigen der benachbarten Tschechoslowakei reichen wir die Bruderhand! Wir schätzen die mutige und verantwortungsbewußte Handlungsweise der dem Sozialismus treu ergebenden leitenden Persönlichkeiten der Partei und des Staates der CSSR hoch ein, da ihre Tat den aggressiven Kreisen des Imperialismus, die mit Hilfe der sogenannten neuen Ostpolitik die Konterrevolution in die sozialistischen Länder Europas exportieren möchten, einen Strich durch die Rechnung macht. Gerade angesichts der Ereignisse in der CSSR empfinden die Bürger unseres sozialistischen Staates deutscher Nation um so stärker die geschichtliche Bedeutung der Tatsache, daß wir zielbewußt auf unserem guten Weg voranschreiten, ausgerüstet mit den wegweisenden Beschlüssen des VII. Parteitag und mit unserer sozialistischen Verfassung, gestalten wir das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus. Mit der allseitigen Stärkung unseres sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Staates, in fester Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderstaaten schaffen wir auf deutschem Boden das Beispiel einer von der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Gesellschaft, einer Gesellschaft des sozialistischen Humanismus, einer wahren sozialistischen Menschengemeinschaft.

Laßt uns weiterhin für unsere große und gerechte Sache, für den Sieg des Sozialismus, für den Frieden und die Sicherheit Europas alle unsere Kräfte einsetzen!

Es leben die unverbrüchliche Solidarität und das Bündnis zwischen der DDR und der CSSR!

Es lebe die Einheit und das Bündnis der sozialistischen Staaten — Unterpfand des Friedens und der Sicherheit in der Welt!

Berlin, den 21. August 1968

Zentralkomitee
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands

Staatsrat
der Deutschen Demokratischen
Republik

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen
Republik